



# Wie wird jetzt regiert?

## Panel I: Koalitionspolitik I

**Gemeinsame Vertretung von  
Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die  
Akzeptanz des Regierungshandelns**

**Eine vergleichende Analyse**

Prof. Dr. Michael Strebel





# Ausgangslage

Geschäftsordnung der Bundesregierung: **"Die Vertretung der [getroffenen Entscheidungen] hat einheitlich zu erfolgen, auch wenn einzelne Bundesminister anderer Auffassung sein sollten."**



# Ausgangslage

Geschäftsordnung der Bundesregierung: **"Die Vertretung der [getroffenen Entscheidungen] hat einheitlich zu erfolgen, auch wenn einzelne Bundesminister anderer Auffassung sein sollten."**



## Koalitionsstreit

Deutschlandfunk

### Habeck: Streit innerhalb der Regierung schadet dem wirtschaftlichen Aufschwung

Vizekanzler Habeck sieht den andauernden Streit in der Ampel-Koalition auch als Hindernis für eine wirtschaftliche Erholung. Dieser schade dem Wirtschaftsstandort Deutschland „extrem“, sagte der Wirtschaftsminister bei einem Bürgerdialog in Berlin. Der Grünen-Politiker kritisierte, es gebe angesichts des Regierungshandelns viel Unruhe bei Unternehmen.

21.08.2024

## Ampel-Regierung

Handelsblatt

### Jeder gegen jeden: Das sind die Streitpunkte der Ampel

Ob Steuersenkungen oder Bürokratieabbau: Die Ampelpartner streiten auch über Themen, bei denen sie das Gleiche wollen. Koalitionäre sind resigniert – und blicken schon auf die Zeit nach der nächsten Wahl.





# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns

Eine vergleichende Analyse

Prof. Dr. Michael Strebel

## Wie wird jetzt regiert?

Panel I: Koalitionspolitik I





# **Charakteristikum** des politischen Systems der Schweiz

# Charakteristikum des politischen Systems der Schweiz

- **Direktdemokratische Mitwirkung (Halb-direkte Demokratie): Referendums- und Initiativrecht auf allen Stufen des Staates.**



*Abgabe von Unterschriften bei Referenden / Initiativen beim Bundeshaus.*



# Charakteristikum des politischen Systems der Schweiz

- **Direktdemokratische Mitwirkung (Halb-direkte Demokratie): Referendums- und Initiativrecht auf allen Stufen des Staates.**
- **Exekutive(n):**
  - **Zusammensetzung auf Bundesebene: Zauberformel;**
  - **Wahl durch die Stimmberechtigten auf Kantons- und Gemeindeebene.**



*Abgabe von Unterschriften bei Referenden / Initiativen beim Bundeshaus.*

# Charakteristikum des politischen Systems der Schweiz

- Direktdemokratische Mitwirkung (Halb-direkte Demokratie): **Referendums-** und **Initiativrecht** auf allen Stufen des Staates.
- Exekutive(n):
  - **Zusammensetzung auf Bundesebene:**  
**Zauberformel**;
  - **Wahl** durch die Stimmberechtigten auf Kantons- und Gemeindeebene.
- Kollegialitätsprinzip:
  - alle sind **gleichberechtigt** (keine Richtlinienkompetenz)
  - die **gemeinsame Vertretung** von Exekutivbeschlüssen



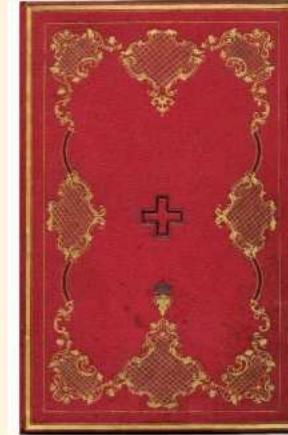
*Abgabe von Unterschriften bei Referenden / Initiativen beim Bundeshaus.*

**Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse**  
gemeinsames **Auftreten** der Regierung**



# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.



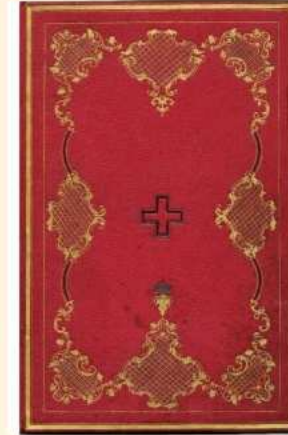
*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*

# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.

Das Mittragen von Regierungsbeschlüssen ist keine à-la-carte-Veranstaltung, sondern eine **Pflicht** mit einem sehr **engen Korridor** an **Ausnahmen**.



*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*

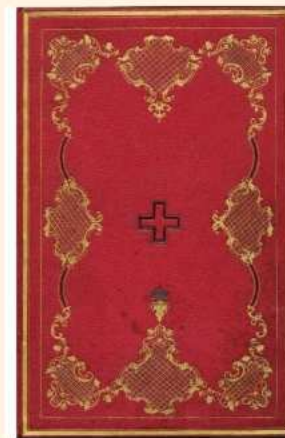
# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.

Das Mittragen von Regierungsbeschlüssen ist keine à-la-carte-Veranstaltung, sondern eine **Pflicht** mit einem sehr **engen Korridor** an **Ausnahmen**.

Das Kollegialprinzip geht über das Mittragen von Regierungsbeschlüssen (weit) hinaus:

- Es greift bereits in der **Vorbereitung** und **Erarbeitung** von politischen Beschlüssen.
- Wie wird miteinander in der Exekutive **umgegangen**, wie **kommuniziert** die Regierung gegenüber anderen politischen Institutionen usw.



*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*



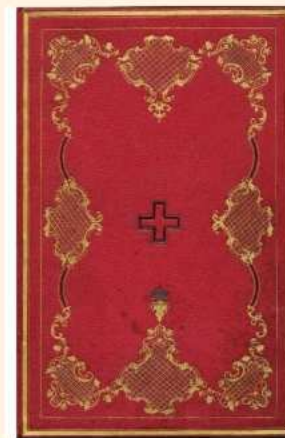
# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.

Das Mittragen von Regierungsbeschlüssen ist keine à-la-carte-Veranstaltung, sondern eine **Pflicht** mit einem sehr **engen Korridor** an **Ausnahmen**.

Das Kollegialprinzip geht über das Mittragen von Regierungsbeschlüssen (weit) hinaus:

- Es greift bereits in der **Vorbereitung** und **Erarbeitung** von politischen Beschlüssen.
- Wie wird miteinander in der Exekutive **umgegangen**, wie **kommuniziert** die Regierung gegenüber anderen politischen Institutionen usw.



*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*





# Regierungskollegen kritisieren Fehr

Die Zürcher Justizdirektorin hat Parlamentarier als Besserwisser bezeichnet

GIORGIO SCHERRER, JAN HUDEC

Es war ein denkwürdiger Auftritt der Zürcher Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP). Im Kantonsparlament hielt sie Mitte März eine Rede, die eher ein kalkulierter Wutausbruch war. Es ging um Kritik der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (GPK) an einem IT-Projekt aus Fehrs Direktion. Eigentlich ein demokratiepolitischer Normalfall. Doch Fehr schien dahinter ein abgekartetes Spiel zu vermuten.

«Sie verpolitisieren Ihre eigene Aufsichtstätigkeit und scheinen die zwei Stunden of Fame zu nutzen, um auch einmal eine Schlagzeile zu liefern», sagte Fehr an die Adresse der Kommission, der sie politische Schlagseite und implizit auch Käuflichkeit vorwarf. Die Brandrede gipfelte in der Aussage: «Wenn die Integrität nicht sichergestellt ist, ist eine GPK nichts anderes als eine Gruppe von Besserwissern.»

## Votum nicht abgesprochen

Die Aussagen der Regierungsrätin lösten Empörung aus. Als Angriff auf die Arbeit des Parlaments verurteilten sie FDP, SVP, GLP, Mitte und EVP. Sogar Fehrs Rücktritt wurde von rechts gefordert. Der Regierungsrat reagierte zunächst verhalten auf die Kritik. Er verzichtete darauf, einzelne Voten seiner Mitglieder zu kommentieren, hiess es in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Nun folgt jedoch die nächste Eskalation: Auch Fehrs Regierungskollegen stimmen verspätet in die Kritik an ihr ein – sie halten die Aussagen der Justizdirektorin für «unangebracht».

Das geht aus einem Brief des Regierungsrats an die Geschäftsleitung des Kantonsparlaments hervor. Das Schreiben – rot mit «vertraulich» betitelt – liegt der NZZ vor. Fehrs Aussagen, steht darin, «entsprechen weder der regierungsrätlichen Haltung noch seiner Art und Weise der Kommunikation». Das



Das Verhältnis zwischen Jacqueline Fehr (SP) und ihren Amtskollegen war auch schon besser.

ANDRÉ KAMP / NZZ

Das Schreiben endet mit der Versicherung, dass Jacqueline Fehr ihre Vorwürfe auf Wunsch direkt gegenüber der Kommission konkretisieren werde. Gezeichnet ist der Brief von der Regierungspräsidentin Natalie Rickli (SVP) und der Staatsschreiberin Kathrin Arioli. Dass eine Regierung ihr eigenes Mitglied nach aussen in derart klaren Worten rügt, ist aussergewöhnlich. Es ist in Zürich aber nicht beispiellos.

Schon 2019 übte das Gremium Kritik an Fehr. Sie hatte damals in einem Blogbeitrag publik gemacht, wie der Regie-

nen und -kollegen offenbar noch immer nicht das Beste zu sein scheint.

## «Eine bewusste Eskalation»

Die Regierungsrätin selbst will sich nicht zur erneuten Kritik an ihrem Auftritt äussern, wie sie über einen Sprecher ausrichten lässt. Nach ihrer Rede hatte sie gegenüber der «NZZ am Sonntag» wie folgt Stellung genommen: «Wenn man eine gute Zusammenarbeit zum Ziel hat, muss man hinschauen, warum diese harzt. In diesem Fall hat sie geharzt, weil

Insofern passt Fehrs Vorgehen zu ihrem politischen Stil. Immer wieder eckte die Regierungsrätin in den vergangenen Jahren mit provokativen Äusserungen an – von solchen über die «wenig innovativen» Zürcher Seegemeinden bis hin zu ihrer Kritik an der Maskenpflicht während der Corona-Pandemie. Für ihre Provokationen bat Fehr in der Vergangenheit des Öfteren um Entschuldigung.

Im vorliegenden Fall ist es allerdings noch nicht zu einem klärenden Gespräch zwischen der Geschäftsprüfungskommission und Jacqueline Fehr gekommen.

# Zürich

## Aussagen waren «unangebracht»: Regierungsrat tadelt Jacqueline Fehr

Nach Eklat im Kantonsrat Als «Besserwisser» bezeichnete die Zürcher SP-Regierungsrätin im März eine Kantonsratskommission. Damit hat sie auch ihre Regierungsratskollegen vor den Kopf gestossen.

Fabienne Sennhauser  
und Stefan Häne

Es war ein veritabler Eklat, für den Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) im Kantonsrat gesorgt hat. Am Anfang stand die Geschäftsprüfungskommission (GPK), die vor knapp zwei Monaten ihren jährlichen Tätigkeitsbericht vorstellte. Im Zuge dessen kritisierte sie unter anderem die «irritierende» und «inakzeptable» Kommunikation der Justizdirektion bei der Beschaffung einer neuen IT-Software. Die GPK-Mitglieder taten dies sachlich. Ganz im Gegensatz zu Jacqueline Fehr: Bei ihrer anschliessenden Stellungnahme bezeichnete sie die GPK-Mitglieder kurzerhand als «Besserwisser» und stellte deren Integrität infrage.

Mit ihren Äusserungen sorgte die Justizdirektorin nicht nur unter den GPK-Mitgliedern für Entsetzen: Noch während der Ratsdebatte verteilte die SVP eine Medienmitteilung, in der sie den sofortigen Rücktritt von Jacque-

## «Haben wir wirklich nichts Wichtigeres mehr zu diskutieren?»

Michèle Dünki-Bättig  
Co-Parteipräsidentin der SP  
des Kantons Zürich



sagt, es sei nicht «aussergewöhnlich», dass es auch im Regierungsrat unterschiedliche Meinungen gebe.

Was sie hingegen als «bedenklich» bezeichnet: wie «krampfhaft hier gewisse Kreise versuchen, gegen Jacqueline Fehr Stimmung zu machen». Mittlerweile schrecken sie offenbar auch nicht mehr vor Amtsgeheimnisverletzungen zurück, sagt Dünki-Bättig mit Blick auf das geleakte Schreiben. «Haben wir wirklich nichts Wichtigeres mehr zu diskutieren?»

Auch SVP-Präsident Domenik Ledergerber zeigt sich erstaunt über das geleakte Schreiben. Der Inhalt hat ihn indes nicht über-rascht. «Es wäre ein fatales Zeichen, wenn sich der Regierungsrat nicht von diesen Aussagen distanzieren würde», sagt Ledergerber. Schliesslich habe Jacqueline Fehr nichts anderes als die Legitimität der GPK infrage gestellt. Ledergerber hatte darum Ende März gemeinsam mit den Parteikollegen Stefan Schmid und Tobias Weidmann eine Anfrage beim Regierungsrat eingereicht. Die drei Kantonsräte wollten wissen, wie er zum Votum der Justizdirektorin stehe.

In seiner öffentlichen Antwort wählte der Regierungsrat nicht ganz so klare Worte wie im vertraulichen Schreiben: «Im vorliegenden Fall hat der Regierungsrat das angesprochene Votum im Nachgang ernsthaft diskutiert.» Mehr schrieb der Regierungsrat nicht dazu.

Dass es bisher zu keiner Aussprache zwischen der Justizdirektorin und der GPK gekom-



# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.

Das Mittragen von Regierungsbeschlüssen ist keine à-la-carte-Veranstaltung, sondern eine **Pflicht** mit einem sehr **engen Korridor** an **Ausnahmen**.

Das Kollegialprinzip geht über das Mittragen von Regierungsbeschlüssen (weit) hinaus:

- Es greift bereits in der **Vorbereitung** und **Erarbeitung** von politischen Beschlüssen.
- Wie wird miteinander in der Exekutive **umgegangen**, wie **kommuniziert** die Regierung gegenüber anderen politischen Institutionen usw.



*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*





# Gemeinsame Vertretung der **Regierungsbeschlüsse** gemeinsames **Auftreten** der Regierung

Das Kollegialsystem ist elementar, nichts Beiläufiges, Nebensächliches, kein „Nice-to-have“. Es ist in der **politischen Kultur** und **Praxis** fest verankert und als Grundprinzip des Regierungshandwerks Teil der schweizerischen DNA.

Das Mittragen von Regierungsbeschlüssen ist keine à-la-carte-Veranstaltung, sondern eine **Pflicht** mit einem sehr **engen Korridor** an **Ausnahmen**.

Das Kollegialprinzip geht über das Mittragen von Regierungsbeschlüssen (weit) hinaus:

- Es greift bereits in der **Vorbereitung** und **Erarbeitung** von politischen Beschlüssen.
- Wie wird miteinander in der Exekutive **umgegangen**, wie **kommuniziert** die Regierung gegenüber anderen politischen Institutionen usw.

Zwischenfazit: Die schweizerische Ausprägung des Kollegialprinzips ist **nicht** zu vergleichen mit dem deutschen Kollegialprinzip (Art. 65 Satz 3 GG). Folglich ist die Bedeutung im politischen System unterschiedlich.



*Bestandteil in der ersten Bundesverfassung (Bild) 1848.*

*Auf Kantonsebene bereits früher (!) verankert.*





# **Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips**



# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien**  
(vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung** in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien (vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

**Voraussetzung:** Personen, die in der Lage sind, sich in eine Kollegialregierung zu integrieren.

**Herausforderung:** Heterogenität an Parteien in der Regierung.

# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung** in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien (vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

**Voraussetzung:** Personen, die in der Lage sind, sich in eine Kollegialregierung zu integrieren.

**Herausforderung:** Heterogenität an Parteien in der Regierung.



Hohe Erfolgsquote bei Abstimmungen des Bundesrats.



# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung** in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien (vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

**Voraussetzung:** Personen, die in der Lage sind, sich in eine Kollegialregierung zu integrieren.

**Herausforderung:** Heterogenität an Parteien in der Regierung.



Hohe Erfolgsquote bei Abstimmungen des Bundesrats.



Verstöße gegen das Kollegialprinzip werden auf allen drei Stufen des Staates durch PolitikerInnen, Medien, Parteien, Bevölkerung, "betroffene" Regierung, nicht akzeptiert.



# Berns neue Stadtregierung legt einen veritablen Fehlstart hin

**Kritik von Alec von Graffenried** Der Sicherheitsdirektor beklagt sich öffentlich über die Direktionsverteilung. Er verletzt damit mehr als bloss das Kollegialitätsprinzip.

2025 hatte noch nicht begonnen, Berns Stadtregierung in ihrer neuen Zusammensetzung noch nie offiziell getagt – und bereits sorgen erste Missstöne für Irritation. Gegenüber dem Onlineportal «Hauptstadt» legte Alec von Graffenried (GFL) offen, dass das Kollegium ihm die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) aufgezwungen habe: «Die Mehrheit sagte: jemand muss die Sicherheit machen, der Alec soll das tun.»

Zwei Wochen zuvor hatte es ganz anders geübt. Die SUE sei eine seiner drei Wunschdirektionen gewesen, beteuerte von Graffenried Mitte Dezember, als die Stadtregierung nach dreiwöchigem Gezerre über die Direktionsverteilung informierte.

Wer sich für Stadtpolitik interessiert, möchte diese Aussage nicht richtig glauben. Von Graffenried selber hatte öffentlich erklärt, dass er nach seiner verpassten Wiederwahl als Stadtpräsident gern in die Verkehrs- oder in die Finanzdirektion wechseln würde. Und zu standhaft hatte sich die rot-grüne Mehrheit davor 32 Jahre lang dagegen gestäubt, die SUE zu übernehmen.

Von Graffenrieds geradezu staatsmännisches Verhalten nach der Direktionsverteilung war bemerkenswert. In Bern schien Zuversicht angebracht: Der Alt-Stadtpräsident würde sich trotz bitterer Abwahl als neuer Sicherheitsdirektor konstruktiv im Gremium einbringen.

## Schwerer Vertrauensverlust

Umso pikanter ist nun aber, dass von Graffenried an Silvester zum Rundumschlag ansetzte. Dass er damit die in der städtischen Geschäftsverordnung geregelte Kollegialität verletzte, laut der die Gemeinderatsmitglieder «in der Öffentlichkeit keine Meinung vertreten, die einem Gemeinderatsbeschluss widerspricht». Es ist noch eines der geringeren



Berns neue Stadtregierung traf sich am 19. Dezember im Erlacherhof zur Stabsübernahme (v.l.): Matthias Aebischer, Melanie Mettler, Marioko Kruit, Ursina Anderegg und Alec von Graffenried. Foto: Nicola Philipp

Probleme an der Wortmeldung. Schwerer wiegt der entstandene Vertrauensverlust, der die neue Stadtregierung nun schon vor Amtsantritt belastet: Der durchaus machtbewusste Politiker, der 2016 mit seiner «Querfeinstelger»-Kandidatur das Rot-Grün-Mitte-Regierungsbündnis betnahe gesprengt hätte, erliegt wenn nicht der ersten (am Tag der Direktionsverteilung), so doch der zweiten Gelegenheit, sich öffentlich seiner Verletztheit hinzugeben.

Zudem verhält sich von Graffenried unkollegial gegenüber dem abgetretenen Finanzdirektor Michael Aebersold (SP), mit dem zusammen er für mehrere grössere Arealentwicklungen verantwortlich war. Dessen Direktion habe «keine Kompetenz, Immobilien zu entwickeln» und sei verantwortlich für die Verzögerungen.

Schliesslich desavouiert von Graffenried die neue Finanzdirektorin Melanie Mettler (GLP), indem er zumindest indirekt deren Qualifikation für ihr neues Amt anzweifelte. In der Immobilienpolitik und bei den Finanzen gebe es dringenden Hand-

**Fakt ist, dass die Mehrheit der neuen Stadtregierung es als das geringste Übel erachtete, wenn mit von Graffenried der Amtsälteste unzufrieden ist.**

lungsbedarf, sagte er im Interview – «dort hätte es mich gebraucht.»

## Zum Fehlstart beigetragen

Dass Mettler als einzige Vertreterin des Mitte-rechts-Lagers gegenüber von Graffenried ebenso bevorzugt behandelt wurde wie die beiden anderen Neuen, Ursina Anderegg (GfB) und Matthias Aebischer (SP), kann man durchaus kritisch sehen. Fakt ist jedenfalls, dass die Mehrheit der neuen Stadtregierung es als das geringste Übel erachtete, wenn mit von Graffenried der Amtsälteste

unzufrieden ist. Im Lead war dabei die SP mit Stadtpräsidentin Marioko Kruit als Moderatorin und als einzige Partei mit zwei Gemeinderatssitzen. Damit hätte sie grundsätzlich mit von Graffenried zusammenspannen können. Sie entschied sich anders und demütigte ihren Bündnispartner nach dem erfolgreichen Angriff aufs Stadtpräsidium auch noch bei der Direktionsverteilung.

Allerdings gilt es bei dieser eine Gesamtschau vorzunehmen, in der nicht bloss die Erfahrung zählt. Offensichtlich wurde etwa das Wahlergebnis oder das Befinden der unterrepräsentierten bürgerlichen Opposition stärker gewichtet – sowie insbesondere die Frage, wie lange jemand voraussichtlich noch im Gemeinderat politisieren wird. Dass beim Blick aufs Ganze einiges dafür sprach, von Graffenried die SUE zu überlassen, hätte auch dieser anerkennen können.

Stattdessen hat er an vorderster Front dazu beigetragen, dass die neue Stadtregierung einen veritablen Fehlstart hinlegte.

Christoph Hämmerlin

# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien** (vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

**Voraussetzung:** Personen, die in der Lage sind, sich in eine Kollegialregierung zu integrieren.

**Herausforderung:** Heterogenität an Parteien in der Regierung.



**Hohe Erfolgsquote bei Abstimmungen des Bundesrats.**



**Verstöße gegen das Kollegialprinzip werden auf allen drei Stufen des Staates durch PolitikerInnen, Medien, Parteien, Bevölkerung, "betroffene" Regierung, nicht akzeptiert.**





# Voraussetzungen und Wirkung des Kollegialprinzips



**Generelles Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat ist hoch, das zeigen unterschiedliche Studien** (vgl. <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>).

**Voraussetzung:** Personen, die in der Lage sind, sich in eine Kollegialregierung zu integrieren.

**Herausforderung:** Heterogenität an Parteien in der Regierung.



**Hohe Erfolgsquote bei Abstimmungen des Bundesrats.**



**Verstöße gegen das Kollegialprinzip werden auf allen drei Stufen des Staates durch PolitikerInnen, Medien, Parteien, Bevölkerung, "betroffene" Regierung, nicht akzeptiert.**



**Einige Exekutiven verzichten aufgrund des Kollegialprinzips darauf, im Vorfeld einer Erneuerungswahl den Fragebogen der Online-Wahlhilfe auszufüllen. Das Ausfüllen verstiesse gegen das Kollegialprinzip.**





# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns

Eine vergleichende Analyse

Prof. Dr. Michael Strebel

## Wie wird jetzt regiert?

### Panel I: Koalitionspolitik I







## **Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen**

## **Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen**

**Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer direkten oder repräsentativen Demokratie stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die Lösungskompetenz der Regierung bleibt essenziell.**

**Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das Vertrauen in politische Institutionen.**

## Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

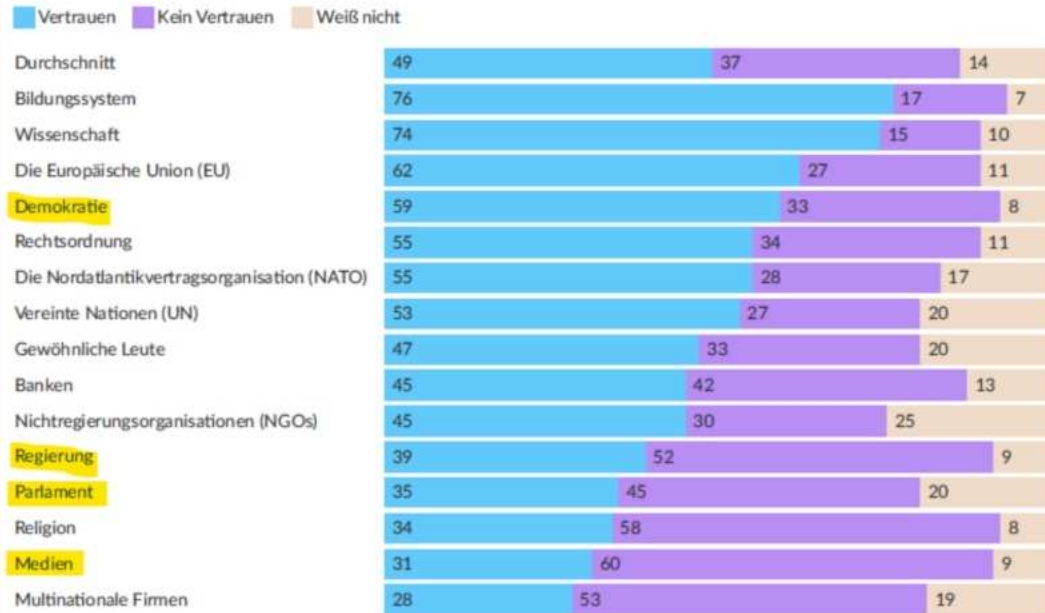
Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.

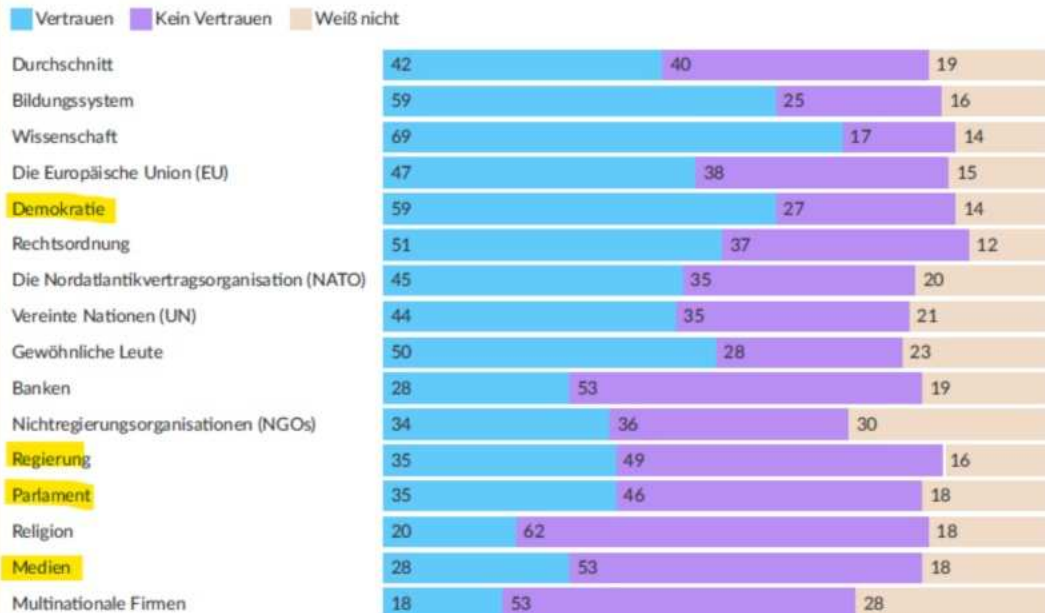




## Vertrauen, 18- bis 30-Jährige in Deutschland

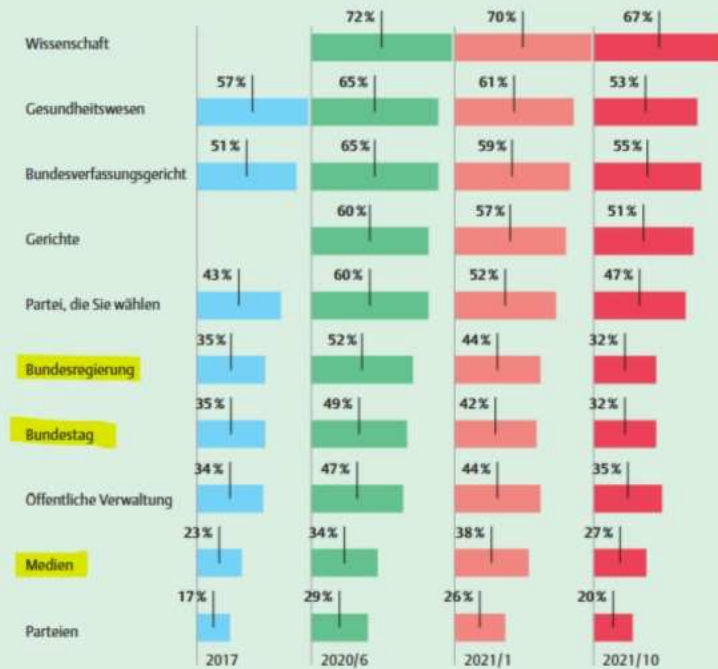


## Vertrauen, 31- bis 70-Jährige in Deutschland



### Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Institutionen

Wie viel Vertrauen haben Sie in die folgenden Institutionen?  
(Skala: 1 überhaupt kein Vertrauen – 7 großes Vertrauen; angezeigte Werte: 5 – 7)



Das Vertrauen der Befragten in die wesentlichen Institutionen des deutschen Gemeinwesens wurde mit Beginn der Pandemie und dem einsetzenden Krisenmanagement zunächst deutlich gestärkt. Mittlerweile werden die niedrigen Vertrauenswerte der Vorkrisenzeit wieder erreicht und im Falle von Bundesregierung und Bundestag sogar unterboten.\*

\*Bei der Interpretation der Umfrageergebnisse ist zu beachten, dass aus Darstellungsgründen auf ganze Zahlen gerundet wurde. Zudem bedeuten die an 100 Prozent fehlenden Angaben, dass eine Frage nicht oder indifferent beantwortet wurde.

Nida-Rümelin, Julian: Demokratie in der Krise, Körber-Stiftung, 2021, S. 59.

Bertelsmann Stiftung: Jung. Kritisch. Demokratisch., Febr. 2024., S. 6, S. 8.

## Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



## Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



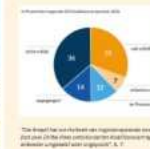
# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



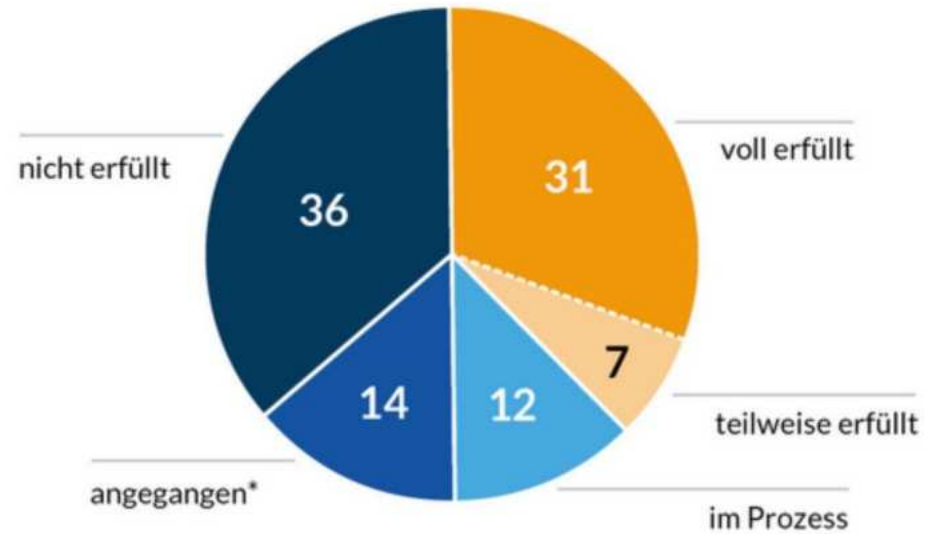
# Mehr Koalition wagen

Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition zur  
Umsetzung des Koalitionsvertrages 2021



| BertelsmannStiftung

In Prozent der insgesamt 453 Koalitionsversprechen 2021



*"Die Ampel hat zur Halbzeit der Legislaturperiode bereits fast zwei Drittel ihres ambitionierten Koalitionsvertrages entweder umgesetzt oder angepackt", S. 7.*

# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.





# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



**Spannungsfeld:** Medienlogik, Personalisierung, Parteienwettbewerb, parlamentarische Arena, Dualismus Regierung/ Opposition.

# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



**Spannungsfeld:** Medienlogik, Personalisierung, Parteienwettbewerb, parlamentarische Arena, Dualismus Regierung/ Opposition.

**Gemeinsam pragmatische Lösungen zu erarbeiten und zu vertreten, dadurch Stabilität zu erreichen und Verlässlichkeit auszustrahlen – würde hierfür nicht (gerade in schwierigen Zeiten) eine große Nachfrage bestehen?**



# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



**Spannungsfeld:** Medienlogik, Personalisierung, Parteienwettbewerb, parlamentarische Arena, Dualismus Regierung/ Opposition.

**Gemeinsam pragmatische Lösungen zu erarbeiten und zu vertreten, dadurch Stabilität zu erreichen und Verlässlichkeit auszustrahlen – würde hierfür nicht (gerade in schwierigen Zeiten) eine große Nachfrage bestehen?**





# BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 34-3 vom 14. Mai 2025

## Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz

zur neuen Bundesregierung  
vor dem Deutschen Bundestag  
am 14. Mai 2025 in Berlin:

Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Verantwortung für Deutschland“, so haben wir, die Union aus CDU und CSU sowie die SPD, unseren Koalitionsvertrag überschrieben. „Verantwortung für Deutschland“ bedeutet: Wir stellen uns als neue Bundesregierung gemeinsam in den Dienst unseres Landes und aller seiner 84 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen regieren, um unser Land aus eigener Kraft heraus voranzubringen. Wir wollen regieren, um neue Sicherheit zu geben und vor allem um unsere Freiheit entschlossen gegen ihre Feinde zu verteidigen. Wir wollen regieren, um das Versprechen vom Wohlstand für alle zu erneuern. Und wir wollen regieren, um Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stiften, vor allem da, wo er uns verloren gegangen ist.

Wir brauchen dafür in vielerlei Hinsicht einen Wechsel unserer Politik. Und ein solcher Wechsel setzt Umdenken und neue Prioritäten an vielen Stellen voraus. Wir sind uns dabei der enormen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, bewusst: international, europäisch, national und nicht zuletzt auch in Bezug auf die öffentlichen Finanzen. Zugleich wissen wir: Unser Land ist stark. Wir können aufbauen auf dem Fleiß von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auf dem Einfallsreichtum unserer Unternehmerinnen und Unternehmer, auf dem Einsatz, den unzählige Ehrenamtliche tagtäglich für unser Gemeinwesen zeigen, und auf der Kreativität unserer

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Wir haben in den vergangenen Wochen die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen CDU, CSU und SPD gelegt. Dafür bin ich dankbar. Wir haben uns darauf verständigt, wie wir Politik gestalten wollen: zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, problemlösend, ohne öffentlichen Streit, nicht nur mit Blick auf die Risiken, sondern vor allem mit Blick auf die Chancen, die wir haben. Wir werden dabei eng mit Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, mit dem Bundesrat, den Ländern und den Kommunen zusammenarbeiten. Auch sie alle tragen Verantwortung für eine gute Zukunft in Deutschland und in Europa.

S. 17.

# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



**Spannungsfeld:** Medienlogik, Personalisierung, Parteienwettbewerb, parlamentarische Arena, Dualismus Regierung/ Opposition.

Gemeinsam pragmatische Lösungen zu erarbeiten und zu vertreten, dadurch Stabilität zu erreichen und Verlässlichkeit auszustrahlen – würde hierfür nicht (gerade in schwierigen Zeiten) eine große Nachfrage bestehen?





# Gemeinsame Vertretung von Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die Akzeptanz des Regierungshandelns – zusammenfassende Thesen

Ob nun das Regierungshandeln innerhalb des politischen Systems einer **direkten** oder **repräsentativen Demokratie** stattfindet, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische Handeln und in die **Lösungskompetenz** der Regierung bleibt essenziell.

Beim Kollegialsystem geht es um mehr als um die schiere Akzeptanz des Regierungshandelns. Es geht um das **Vertrauen in politische Institutionen**.



Streit, divergierendes Auftreten der Koalition **überdeckt** die **Erfolge**.



**Spannungsfeld:** Medienlogik, Personalisierung, Parteienwettbewerb, parlamentarische Arena, Dualismus Regierung/ Opposition.

Gemeinsam pragmatische Lösungen zu erarbeiten und zu vertreten, dadurch Stabilität zu erreichen und Verlässlichkeit auszustrahlen – würde hierfür nicht (gerade in schwierigen Zeiten) eine große Nachfrage bestehen?





## Quellen

- Année politique Suisse: Vertrauen der Schweizer Bevölkerung, <https://anneepolitique.swiss/prozesse/810-institutionenvertrauen>.
- Berner Zeitung: Berns neue Stadtregierung legt einen veritablen Fehlstart hin, 07.01.2025, S. 3.
- Bertelsmann Stiftung: Mehr Koalition wagen, 12.09.2023, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/>
- Bertelsmann Stiftung: Jung. Kritisch. Demokratisch., Febr. 2024.
- [New\\_Democracy/360\\_2023\\_BST\\_Studie\\_Koalitionsversprechen\\_Halbzeitbilanz\\_ID1875\\_screen.pdf](#).
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 (Stand: 03.03.2024).
- Der Spiegel: Protokoll einer Zerrüttung, Nr.35, 24.08.2024.
- Deutschlandfunk: Koalitionsstreit, 21.08.2024
- Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11.05.1951.
- Gramm, Christof/Pieper Stefan Ulrich: Grundgesetz: Bürgerkommentar, Nomos, 2008, S. 277.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 23.05.1949 (Stand: 22.03.2025).
- Handelsblatt: Die Ampel hat fertig - Neuwahlen jetzt!, 01.11.2024.
- Handelsblatt: Jeder gegen jeden: Das sind die Streitpunkte der Ampel, 08.02.2024.
- Herzog, Micha / Wyss, Damian: Kollegialprinzip und Online-Wahlhilfen, sui generis 215, <https://sui-generis.ch/article/view/sg.215/2792>.
- Klaus, Beyme von/Busch, Andreas: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Springer VS, 2023, S. 312.
- Kley, Andreas: Das fehlende Staatsoberhaupt der Schweiz, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, NF 70/2022, S. 155-170.
- Korte, Karl-Rudolf: Angewandte Freiheit: Demokratie im Spannungsfeld von Wählerinteressen, Politik und einer veränderten Informationskultur, Forschung & Lehre, 4/25, S. 9-10.
- Nida-Rümelin, Julian: Demokratie in der Krise, Körber-Stiftung, 2021.
- Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur neuen Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, 14.05.2025.
- Neue Zürcher Zeitung: Regierungskollegen kritisieren Fehr, 07.05.2025, S. 11.
- Tages-Anzeiger: Aussagen waren «unangebracht»: Gesamtregerungsrat tadelt Jacqueline Fehr, 07.05.2025, S. 17.
- Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie, Haupt, 2005, S. 231.

## Bilder (jeweils zuletzt abgerufen: 17.05.2005):

- Abgabe Unterschriftenbögen: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/direkte-demokratie-unterschriftensammler-sind-in-quarantaene-oder-selbstisolation-kippt-omikron-drei-referenden-ld.2232317>.
- Bundeskabinett: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskabinett>.
- Bundesrat: <https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/bilder-und-reden-des-bundesrats/offizielle-bundesratsbilder.html>.
- Bundesverfassung 1848: <https://www.landmuseum.ch/bundesverfassung>.
- Titelblatt Studie Bertelsmann: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/New\\_Democracy/360\\_2023\\_BST\\_Studie\\_Koalitionsversprechen\\_Halbzeitbilanz\\_ID1875\\_screen.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/New_Democracy/360_2023_BST_Studie_Koalitionsversprechen_Halbzeitbilanz_ID1875_screen.pdf).





# Wie wird jetzt regiert?

## Panel I: Koalitionspolitik I



**Gemeinsame Vertretung von  
Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die  
Akzeptanz des Regierungshandelns**

**Eine vergleichende Analyse**



Prof. Dr. Michael Strebel







# Wie wird jetzt regiert?

## Panel I: Koalitionspolitik I



**Gemeinsame Vertretung von  
Regierungsbeschlüssen als Voraussetzung für die  
Akzeptanz des Regierungshandelns**

**Eine vergleichende Analyse**



Prof. Dr. Michael Strebel

